

Gegründet 1856

Druck v. Verlag: Siepich & Weidmann,
Tübingen, Baltringer-Str. 1065. Tübingen
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Druck, Nachdr.) zulässig. Unverlangte
Abdrücke werden nicht aufbewahrt.

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Auch die Tschechei lehnt den Donauplan ab

Benesch wünscht gute Nachbarschaft zu Deutschland

Die Sudetendeutschen wehren sich

lalt zu haben, für die Streitigkeiten der Tischen untereinander und für die verfehlte Wirtschaftspolitik als innerpolitische Ablenkung und Prügelknaben zu dienen.

Der Minister erklärte, das französische Memorandum lege voraus, das sich die Großmächte klar für den Grundlag des politischen Desinteressaments in Mitteleuropa erklären. Die Mitteleuropäischen Staaten hätten bereits ihre politische Reife erlangt und seien befähigt, in Mitteleuropa eine solche Stellung zu erreichen, wie a. B. heute Belgien, Holland oder die skandinavischen Staaten haben. Dr. Benckhoff hält jede mitteleuropäische Politik, welche Deckerreich in irgendeine antideutsche politische Konzeption hineinzuweisen würde, für grundmäßig verfehlt. Die Fiskalwissenschaftler müßten seine innere Konstellation, da sie ihr nicht

Kuiföse Gemeindepölitik

Nun ist die schwierige Finanzlage Dresdens weit über die Grenzen Sachsens hinaus bekannt. Um diese Finanznot und die damit zusammenhängenden Vorgänge in der Verwaltung zu verstehen, muß man ihre Ursachen kennen. Sie lauten im wesentlichen auf zwei Wurzeln hinaus. Eine ist eine maßlose Verschwendungspolitik der Einkommens- heit des Stadterordnetenkollegiums in der Zeit von 1904 bis 1900, die allerdings durch die in allen maßgeblichen Stellen der öffentlichen Verwaltung angrastende optimistische Auffassung der Lage Deutschlands begünstigt wurde. Die zweite Wurzel unseres Finanzelends ist das enorme Aufschwellen der Wohlfahrtskassen. Sie ist nur durch einen Umbau des gesamten Arbeitslosenversicherung- und Unterstützungswesens zu erreichen. Die Auskosten hierfür sind allerdings außerst gering, weil das Reich im Interesse seiner eigenen Finanzen seine durchgreifende Hilfe in Aussicht zu stellen gewillt ist. Wie lange es diesen Standpunkt durchhalten kann, ist schließlich eine Frage des Ausmaßes und der Dauer der Krise. Letzten Endes wird sich ein Ausgleich der Kosten der stärker und der in geringerem Ausmaß von der Krise betroffenen Gebiete nicht vermeiden lassen. Die Schmirteinfetten, die Dresdens Kommunalfinanzen aus seiner besonders hohen Zahl von Wohlfahrtsunterstützten erwachsen, müssen zweifellos mit dem Aufgebot der letzten Kraft überwinden werden.

Klein, daneben darf nicht vergessen werden, daß die großspaltige Ausgabenpolitik Dresdens in den Jahren 1924 bis 1929 und eine riesige Schwende und fundierte Schuldenlast von insgesamt 240 Millionen gebracht hat, deren Zins- und Amortisationsquoten die Frage der Wohlhabendervermögensunterstützung erst zu einem fast unlöslichen Problem machten. Man war in jeder Gemeinde in diese Zeit von der Idee befallen, soviel als möglich Schulden zu machen, weil man fürchtete, bei einem engspaltigen Finanzausgleich schlechter dastehen zu werden, als eine noch verschwenderrische Gemeinde. Es war der Fluch der Erbsvernerischen Finanzreform, die die Gemeinden ihrer finanziellen Selbständigkeit und ihrer Verantwortung beraubte, daß diese anstatt im Sparen zu weitem, nunmehr buchstäblich darum rangen, wer den Rekord in sinnlosen Verschwendungen erreiche. Die Zeit dafür war allerdings günstig. Zwar hatte Deutschland jährlich Milliardenlaken an Erbsen auszubringen, aber es ergab das Zwei- und Dreifache dieser Beträge in fremden Anleihen. In dieser Epoche feierte der Gemeindefinanzminister Dörmann. Die Großstadtkommunen wurden von sozialistischen und ihnen nahestehenden „bürgerlichen“ Mehrheiten regiert, die ohne Rücksicht auf die Einnahmen, einer schranken- und ungezügelter Ausgabenpolitik mit dem bequemsten Mittel des Schuldenmachens huldigten. In Dresden war es nicht anders als in allen übrigen Großstädten. Begünstigt wurde diese Verschwendungspolitik durch den Umstand, daß die bewilligten Mehrheiten in dem Wahne handelten, ihre Wählermassen müßten ja die schließlich doch einmal fällig werdenden Steuern nicht bezahlen. Zahlen sollten die andern, genau so wie man den Wassen vorredete, die Erfüllungspolitik bestritten auch nicht, dafür kommen die Reichen auf. Massenvermögensverluste, Massensteuern und Verabsorbung des Lebensstandards der breitensten Schichten der Bevölkerung haben diese leichtfertige Politik der Linken längst Vagen gebracht.

Aber selbst als die Krise sichtbar wurde und man deshalb die Pflicht hatte, in beiden höchsten Kollegien rechtzeitig mit den Reichsgeld einer Ausgabenminderung, die weit über die Kräfte der Stadt hinaus zu brechen, ließ man ruhig den verhängnisvollen, aber bequemeren Weg der Anleiheverschuldung weiter. Wie in allen öffentlichen Körperschaften verkannte man auch in Dresden den Ernst der Krise völlig. Man glaubte im fröhlichen Optimismus unentwegt an den weiteren Aufstieg. Die Ansicht des Reichsbankpräsidenten Dr. Fritzsche, der noch 1930 davon sprach, Deutschland stehe vor einer ungeheuren Wirtschaftskrise, wurde auch für die politische Führung die maßgebende. Der Weg der verschuldeten

Der memelländische Landtag aufgelöst

Misstrauenserklärung gegen Simmat

eine Reihe von Verpflichtungen

Er betonte, daß es notwendig sein werde, diejenigen Beamten, die nicht die litauische Staatsangehörigkeit beäßen, aus dem Dienst des Reichsgebietes zu entfernen.

Bei der Aussprache zu dieser Regierungserklärung hatten zunächst die Mehrheitsparteien noch längerer Begrün-

De Halera und England

Dublin, 22. März. Im irischen Senat erklärte der Balera am Dienstag, daß der Treueid abgeschafft und die Zahlungen an England zurückgehalten werden sollten. Die irische Regierung wünsche jedoch, auch weiterhin in guten Beziehungen mit den anderen Staaten und insbesondere mit England zu bleiben.

London, 22. März. Der Minister für die Dominien, Thomas, teilte im Unterhaus am Dienstagmittag mit, er habe eben von dem letzten Oberkommisſionär in London ein sehr wichtiges und erstes Dokument über die Lage in Irland erhalten. Das Dokument sei so wichtig, um sofort darauf eingehen zu können. Er werde jedoch bei der ersten Gelegenheit am Mittwoch eine ausführliche Äußerung leisten. Er habe keinen Zweifel über den Erfolg.

nung den Antrag, dem jetzigen Direktorium das Mikhranen auszusprechen. Die litauische Fraktion sprach sich für die letzte Regierung aus. Danach erklärten sich noch die Vertreter der Sozialdemokraten und der Arbeiterpartei ebenfalls gegen das Direktorium Simas. In der Abstimmung wurde der Antrag der Mehrheitsparteien mit 22 gegen die 5 litauischen Stimmen angenommen. Daraus verließ Präsident Simas einen Akt des Gouvernens, wonach der Nemelskische Landtag aufgelöst wird.

Die erfolgte Auflösung des Memelländischen Landtags war nach den Geschehnissen der letzten Wochen und Tage zu erwarten. Auch die flare Feststellung in der Protestnote der Signatarmächte des Memellandes, daß eine Auflösung des Landtags zu dem Beschluß des Völkerraths vom 20. Februar im Widerspruch stünde und eine Verletzung des Memellandes darstelle, hat die litauische Regierung von ihrer schamloslich-deutschfeindlichen Aktion nicht ablassen können. Wenn auch gefordert werden muß, daß die Signatarmächte (Frankreich, Italien, England, Japan) zu ihren Worten stehen und Litauen mit allen Mitteln zur Ordnung rufen, so sollte vor allem doch unsere Reichsregierung jetzt endlich durch diesen neuen Alarmruf auf ihrer Passivität aufgeschreckt werden und zu energischen Selbstthätigkeit schreiten, die sie dem Ansehen des Deutschthums und den bedrängten Volksgenossen jenseits der Grenze schuldig ist. — Nach den aus dem Memelgebiet vorliegenden Nachrichten hat das gegenwärtige litauische Directorium schon Maßnahmen vorbereitet, die als Wahlbeschränkungen gelten können. So sollen u. a. die Einbürgerungsbestimmungen für die Einbürgerung von Großlitauern im Memelgebiet erleichtert werden. Es liegt die Gefahr nahe, daß auf diese Weise durch einen litauischen Schuß ins Memelgebiet die Wahl im litauischen Sinne beeinflusst werden soll.

der Sage. Diese Mitteilung von Thomas erregte bei den Abgeordneten großes Aufsehen.

Ivar Kreugers Einschränkung

Berlin, 22. März. (Eig. Drahtmeld.) Am Dienstagmorgen fand im Stadtpalmer Krematorium die Beisetzungsfeier des Jvvar Kreuzers statt. Trotz der Angehörigen gebeten hatten, von Blumenpenden abzuhehen, war eine geradezu ungeheure Anzahl von Kränzen, namentlich aus dem Auslande, eingetroffen. Unter ihnen befanden sich auch solche deutscher Wirthefführer. Das Krematorium war in weitem Umfange abgeperrt. An der Feier nahmen nur die Angehörigen, ferner Vertreter von Finanz und Industrie, weiter die höheren Angestellten des Kreuzerkonzerns und einige Freunde aus dem Auslande teil. Der Sarg aus gelbem Ebenholz war mit Weißblüthen geschmückt, der Sargumschloß Jvvar Kreuzer.